

NEUSTADT - KURIER

Meinungen - Informationen - Perspektiven



CSU Neustadt

66. Ausgabe

Dezember 2011

Unsere Themen heute:

- Förderprogramm für Wohnungsbestand
- Weihnachtsgruß
- in memoriam Ernst Bauer
- Verstärkte Polizeipräsenz
- Die Neustadter fühlen sich "gut geschützt!"
- Organspenderausweis
- Straßenmeisterei und andere Synergien
- JU Neustadt startete Initiative "JUugend fragt nach"
- traditionelles Schlachtfest
- Impressum

Förderprogramm für Wohnungsbestand

Zur Fortführung der Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes am Siemensring in Haarbrücken wurde seitens der Stadt Neustadt der Wohnbau Coburg-Land ein zinsloses Darlehen gewährt.

Die Wohnbau Coburg-Land erhält die Förderung durch die Stadt Neustadt, weil sie was tut - die GWG Neustadt könnte ebenfalls von solch einer Förderung partizipieren, wenn sie sich an der Stadtentwicklung beteiligen würde. Doch das tut sie nicht! Im gesamten ISEK-Prozess glänzte sie durch Abwesenheit und Desinteresse. Um entsprechende Anreize zu schaffen, hat sich die CSU-Fraktion überlegt, diese Förderung auch auf Privatpersonen zu erweitern.

Die CSU-Fraktion hat daher den Antrag gestellt, ein analoges Förderprogramm für private Investoren und Hauseigentümer in der Innenstadt anzubieten. Der Geltungsbereich dafür sollte sich aus den Untersuchungsergebnissen des ISEK ergeben.

Als maximale Darlehensförderung je Wohneinheit sind 8.000,- € vorgesehen, wobei Eigenanteil, Wohnungsgröße, Mietpreisbindung und Ausstattung als Förderkriterien noch zu definieren sind.



Dieser Antrag muss zwar noch in den dafür zuständigen Senat, aber entsprechende Geldmittel sollten bereits jetzt im Haushaltsplan 2012 vorgesehen werden.

dn/ich/en

Der CSU-Ortsverband Neustadt, die Stadtratsfraktion, die Frauenunion und die Junge Union wünschen allen Bürgerinnen und Bürgern, Freunden, Mitgliedern und Gönnern Frohe Weihnachten und ein gesundes, erfolgreiches Neues Jahr.

*Jürgen W. Heike
MdL, Staatssekretär a. D.*

*Jürgen Petrautzki
2. Bürgermeister*

*Sandra Dressel-Pal
FU-Vorsitzende*



Wir danken Ihnen für das in der Vergangenheit entgegen gebrachte Vertrauen und freuen uns auf eine weiterhin gute Arbeit zum Wohle Neustadts.

*Walter Thamm
Ortsvorsitzender*

*Elke Protzmann
Bezirksrätin,
Fraktionsvorsitzende*

*Dominik W. Heike
JU-Vorsitzender*

In memoriam Ernst Bauer

Im hohen Alter von 90 Jahren ist in seinem Ruhesitz in Aichbaindt im Allgäu der langjährige Stadtrat Ernst Bauer verstorben. Der Ortsvorstand unter Führung von Walter Thamm gedachte in seiner letzten Vorstandssitzung dem Verstorbenen. Dabei wurde sein überdurchschnittliches Engagement für seine Wahlheimat Neustadt hervorgehoben. Ernst Bauer war zunächst von 1956 - 1972 Stadtrat der "Neustadter Gemeinschaft" und, nachdem diese mit der CSU in Neustadt fusioniert hatte, ab dem 01.05.1978 nochmals für sechs Jahre für diese im Stadtrat tätig. Als Geschäftsführer des Industriewerks

(IWE) war er immer bemüht, die Politik und die Wirtschaft im Einklang zu sehen. Beide, so der Ortsvorsitzende Walter Thamm, sind ineinander verwoben und verknüpft. Während seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des IWE war neben der Herstellung von Metallspulen, die besondere Präzision erforderten und weltweit in ihrer Qualität anerkannt waren, auch noch eine Holzverarbeitung hinzugekommen, wobei die damaligen hochpreisigen Kindermöbel ein echtes weiteres Standbein für den Betrieb waren. "Perfektion und



Innovation", so Ernst Bauer damals, gehören zur nachhaltigen Betriebsführung. Im Stadtrat war er mit Erich Müller nicht nur für Wirtschaftlichkeit der Stadtführung bekannt, sondern auch als Analytiker und scharfer Denker von der politischen Gegenseite gefürchtet und geachtet.

"Die Stadt Neustadt, aber auch die CSU und die Neustadter Gemeinschaft haben mit Ernst Bauer einen engagierten Bürger im Ehrenamt verloren", resümierte Ortsvorsitzender Walter Thamm.

ne

Verstärkte Polizeipräsenz?

Der Besuch des Bayerischen Landespolizeipräsidenten Waldemar Kindler in Neustadt b. Coburg auf Einladung des MdL Jürgen W. Heike hatte einen Hintergrund:

Neben dem ehemaligen Amtsgerichtsgebäude, das nunmehr der Polizei als Unterkunft dient, steht nahezu vergessen das frühere Gebäude der Grenzpolizei. Als 1989 die Grenze fiel, war man gerade dabei, das Ge-

bäude zu sanieren und mit modernen Sanitär- und Heizanlagen auszustatten. Durch den Wegfall der Grenzpolizei wurde die Baumassnahme gestoppt und seither ist das Gebäude, mit Ausnahme der eingebauten Garagen, leer.

MdL Heike war nun der Ansicht, dass Staatseigentum nicht ungenutzt bleiben soll. Er wollte deshalb dem Polizeipräsidenten die Immobilie vorführen und warb dabei für die Einrichtung einer Teilbehörde des Polizeipräsidiiums Oberfranken in diesen Räumen. Seit längerer Zeit gibt es die "Regionale Beweissicherung und Auswertung für Computer und Handys". Bisher war diese Dienststelle in Bayreuth angesiedelt und völlig überfordert. Es ist verständlich, dass bei den vielen Straftaten, bei denen Computer oder Handys benutzt werden,

die dann ausgelesen und als Beweismittel gesichert werden müssen, die jetzige Personalstärke nicht mehr ausreichend ist. Deshalb, so der Abgeordnete, könnte man eine Teilung in den Bereich Ost (stationiert in Bayreuth) und West (stationiert in Neustadt) einrichten. Wenn, so lautete der Hinweis des Polizeipräsidenten, eine finanzielle Absicherung dieser notwendigen technischen Mittel und die dazugehörigen Stellen im Haushalt untergebracht werden könnten, wäre dies durchaus möglich. Damit, so Heike, würde die Polizei in Neustadt eine echte Aufwertung erfahren. Zusätzlich könnten auch Stellen für Fachleute im Bereich der elektronischen Kommunikation angesiedelt werden, was auch für die Region wichtig ist und ein Zeichen der Unterstützung der Staatsregierung für unsere Region sei.

Es bleibt nun zu hoffen, dass das Finanzministerium und auch der Ministerpräsident, der seine Unterstützung ja signalisiert hatte, diesen Weg mitgehen.

ne



Die Neustadter fühlen sich "gut geschützt!"

Ein dickes Lob konnte bei der Umfrage der Neuen Presse unter dem Motto: "Wie lebt es sich in Neustadt" unsere Polizei einheimen. Mit einer Note von 2,67 wurde ein "noch gut" erreicht. Das zeugt doch für ein hohes Mass an gefühlter Sicherheit der Neustadter und zeigt auf, dass die Polizei in Neustadt geachtet wird.

Besonders wichtig ist dabei auch klar zu stellen, dass im Bereich des Polizeipräsidiiums Oberfranken die Auf-

klärungsquote im Vergleich der Bayerischen Polizeien Spitze ist.

Dass dies auch so bleibt und wir unsere eigene Polizeidienststelle in Neustadt behalten können, ist auch ein besonderes Anliegen unseres Innenstaatssekretär a. D., MdL Jürgen W. Heike. Der Landespolizeipräsident in Bayern, Waldemar Kindler, hat sich erst im Oktober bei einem Besuch in Neustadt (siehe

Die Benotung der einzelnen Punkte



oben) für den Erhalt der Dienststelle ausgesprochen.

zr

Organspenderausweis

In Deutschland warten zur Zeit 12.500 schwerkranke Menschen auf ein Spenderorgan, täglich kommen weitere Patienten hinzu. Auf ein Herz warten Empfänger in Deutschland acht bis zwölf Monate, auf eine neue Niere fünf bis sechs Jahre. Viele Menschen überleben diese langen Wartezeiten nicht. Täglich sterben drei bis vier der Patienten auf der Warteliste, weil für sie nicht rechtzeitig ein Spenderorgan gefunden wird.

Bei Umfragen erklären etwa 80% der Deutschen, mit ihren Organen nach dem Tod anderen Menschen helfen zu wollen. Aber nur 18% haben einen Organspenderausweis bei sich.

Wer in Deutschland seine Organe spenden möchte, muss zu Lebzeiten einer Organentnahme ausdrücklich zugestimmt haben. Das ist am einfachsten mit einem Organspenderausweis möglich. Darin kann jeder festlegen, ob er generell mit einer Organ- und Gewebespende einverstanden ist. Auch lässt sich die Bereitschaft zur Organspende auf einzelne Organe einschränken. Wenn ein möglicher Spender zu Lebzeiten nichts verfügt hat, können die Angehörigen nach dem mutmasslichen

Willen des Verstorbenen entscheiden und zustimmen.

Erklärung zur Organspende

Für den Fall, dass nach meinem Tod eine Spende von Organen/Geweben zur Transplantation in Frage kommt, erkläre ich:

JA, ich genehme, dass nach der ärztlichen Feststellung meines Todes meinen Körper Organe und Gewebe entnommen werden,
 JA, ich genehme dies, nur Ausschluss folgender Organe/Gewebe:
 JA, ich genehme dies, jedoch nur für folgende Organe/Gewebe:
 NEIN, ich widerspreche einer Entnahme von Organen oder Geweben.
 Über JA oder NEIN soll diese folgende Person entscheiden:

Name, Vorname: _____ Nachname: _____
 Straße: _____ PLZ, Wohnort: _____
 Platz für Amtsanwalt/Berater des Herstellers

DAFÜR: _____ ÜBERTRICKSCHRIFT: _____



Eine Organentnahme kommt übrigens nur dann in Frage, wenn bei dem Verstorbenen der Hirntod vor dem Herztod eingetreten ist (1% der Fälle).

Im vergangenen Jahr kamen in Deutschland auf eine Million Einwohner nur 15,9 Spender, in Spanien waren es 34. Die Deutsche Stiftung Organtransplantation geht davon aus, dass 40 pro eine Million in Deutschland nötig wären. Es besteht also dringender Handlungsbedarf, um die Bereitschaft zur Organspende zu erhöhen.

Im Deutschen Transplantationsgesetz ist die Organspende und die Transplantation geregelt. Zur Zeit gilt die Zustimmungslösung. Der Bundestag will in naher Zukunft durch eine Gesetzesänderung die Umsetzung der Organspenderbereitschaft der Bürger verbessern. Vorgeschlagen ist

die sogenannte Entscheidungslösung. Dabei soll jeder Mensch mindestens einmal in seinem Leben, etwa bei der Ausstellung von Führerschein oder Personalausweis, gefragt werden, ob er Organspender sein will oder nicht. Ein Zwang zur Entscheidung wird aber abgelehnt. Andererseits sollen die Krankenkassen ihre Mitglieder über die Organspende besser aufklären und informieren und die getroffene Entscheidung eventuell in der geplanten elektronischen Versicherungskarte speichern.

Jeder Bundesbürger sollte sich für eine Organspende entscheiden und einen Organspenderausweis mit sich führen. Organspenderausweise gibt es bei den Krankenkassen, bei Apotheken, vielen Arztpraxen oder auch im Internet.

dr

Straßenmeisterei und andere Synergien

Im Kreistag ist man sich über eines einig: Die Straßenmeisterei des Landkreises wird als Ersatzneubau an einem neuen Standort neben dem Landratsamt in der Lauterer Straße gebaut. Die Komplettsanierung am bisherigen Standort in Scheuerfeld auf dem Gebiet der Stadt Coburg und mitten in einer Wohnbebauung ist nicht möglich. Die Kosten für den Ersatzneubau liegen in etwa gleichauf. Der Vorteil des Baus direkt neben dem Landratsamt verspricht eine kundenfreundliche Konzentration des Dienstbetriebs der Straßenmeisterei und Generierung von Synergieeffekten. Soweit so gut.

Zu gerne hätte nun die Verwaltung, an der Spitze Landrat Michael Busch, aber dann gleich noch eine weitere Baumassnahme umgesetzt, um das Job-Center und die Kfz-Zulassung neu unter zu bringen und mehr Raum für das Landratsamt zu gewinnen. Dagegen sprachen sich aber die im Kreistag vertretenen Fraktionen geschlossen aus.

Da geht es einmal um die Erreichbarkeit des Job-Centers. Für viele Arbeitslose und Arbeit suchende wäre der Weg auf die Bertelsdorfer Höhe umständlicher und schwieriger. Zudem ist fraglich, ob das Job-Center bei sinkender Arbeitslosigkeit langfristig in der bisherigen Größenordnung und personellen Besetzung Bestand haben wird.

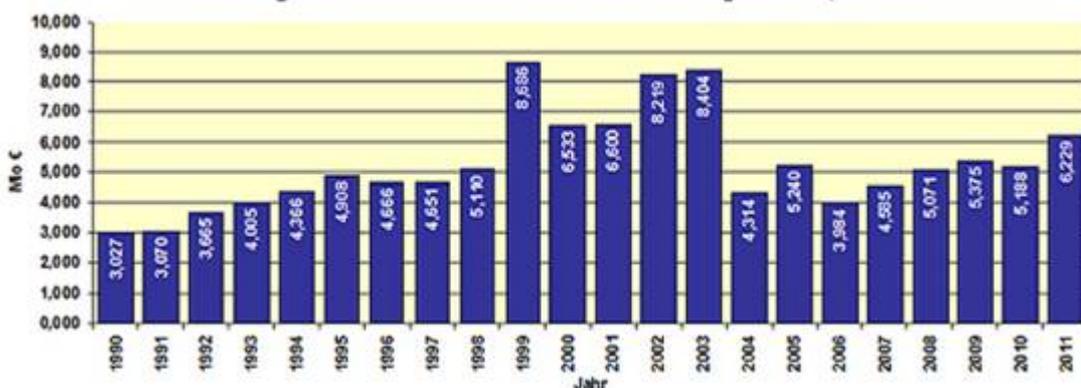
Dann drängt sich noch die Frage auf, ob es in der Region Coburg tatsächlich 2 Kfz-Zulassungsstellen, nämlich die der Stadt Coburg und die des Landkreises braucht. Wir sind der Meinung, dass gerade hier die propagierte „Generierung von Synergien“ eine massgebliche Rolle spielen sollte. In der Stadt Coburg sucht man jetzt nach Einsparungsmöglichkeiten - im Landkreis Coburg ist das für alle Fraktionen seit Jahren Tagesordnung. Und es gibt in der Tat Signale, hier die Zusammenarbeit zu suchen.

Fakt ist, dass sich weitere große Baumassnahmen im Landkreis nicht mehr mit Eigenmitteln realisieren lassen, sondern entweder über Schulden oder eine Erhöhung der Kreisumlage finanziert werden müssen - Geld das nicht nur in Neustadt fehlen wird!

Die nebenstehende Grafik zeigt auf, was die Stadt Neustadt seit 1990 an den Landkreis gezahlt hat, nämlich 115,897 Mio €. Das sind 20% des Kreishaltes bei einem Bevölkerungsanteil von 17%.

en/dn

Kreisumlage seit 1990 aus Neustadt an den Landkreis insgesamt 115,897 Mio €



JU Neustadt startete Initiative "JUgend fragt nach"

"Politik kümmert sich nicht um die Belange und Sorgen vor Ort!" Mit diesem Vorurteil wollen die Mitglieder der Jungen Union Neustadt aufräumen und haben eine neue Initiative gestartet.

Unter dem Motto "JUgend fragt nach" möchten die JUler aus Neustadt sich Informationen und Anregungen holen. So soll mit den Verantwortlichen vor Ort direkt Kontakt aufgenommen werden, damit Möglichkeiten entwickelt werden können, um den Standort Neustadt weiter voran zu bringen.

JU-Ortsvorsitzender Dominik W. Heike legt dabei großen Wert darauf, dass nicht nur Mitglieder, sondern alle interessierten Jugendlichen aus Neustadt gerne zu diesen Terminen eingeladen werden und willkommen sind.

"Je mehr Leute sich um Neustadt und seine Probleme kümmern, desto mehr Ideen und Lösungen lassen sich auch finden", so Heike. Hauptaugenmerk sollen dabei nicht nur aktuelle Themen sein, sondern vielmehr möchte man auf alle möglichen Problemkreise, die Neustadt betreffen, eingehen.

Kreisvorstandsmitglied Desiree Som-

mermann ergänzte: "Wir sind eine ganz andere Altersklasse als der Neustadter "Standardpolitiker" und haben zum Teil vollkommen andere Ansichten. Wir wollen das Vorhandene und die Zukunft unserer Heimatstadt nicht einfach so hinnehmen, sondern selbst mitreden und mitgestalten."

Der erste Termin der Inforeihe führte



die Nachwuchspolitiker ans Arnold-Gymnasium. Schulleiter OStD Wolfgang Oswald berichtete nach einem Rundgang durch das Schulgebäude und der Besichtigung der neuen Schulsporthalle "aus erster Hand" über die Entwicklung des AG. Danach wurden in einer ausführlichen Fragerunde verschiedenste Themen angesprochen, wie z. B. Alternativen

in der Lehrerbildung, der Neubau der Schulmensa, das Verhältnis von Stadt, Landkreis und Schule. Auch die Auswirkungen des demographischen Wandels wurden dabei ebenso erörtert, wie das Thema Integration in der Schule.

Aber auch gesellschaftliche Problemkreise, wie die Themen Drogen, Gewalt und Alkohol im Schulalltag wurden angesprochen, wobei OStD Oswald berichten konnte, dass diese Probleme eher selten an der Schule auftreten würden.

Dominik W. Heike dankte sich bei Herrn Oswald für das ausführliche und offene Gespräch und die vielen Anregungen, die dadurch gewonnen werden konnten. Die JU Neustadt wird sich im Rahmen von "JUgend fragt nach" auch weiterhin den Schulen in Neustadt widmen und

versuchen, auch mit den Direktoren der anderen Neustadter Schulen derartige Fragerunden zu veranstalten.

Termine dazu werden über die Facebook-Seite der Jungen Union Neustadt und auf der Homepage www.ju-nec.de bekannt gegeben.

JU

traditionelles Schlachtfest

Unser traditionelles Schlachtfest am 19. November war wieder einmal ein toller Erfolg. Das Sportheim in Ketschenbach war bis auf den letzten

Platz gefüllt, zu Essen gab es gut und reichlich, so dass ein(e) jede(r) gut satt werden konnte.

Ein herzliches Dankeschön gehört dem Team aus dem Sportheim und unseren beiden Organisatoren Rainer

Knauer und Uli Bieberbach, sowie den Helfern Harald Hofmann und Martin Nußpichel, die alles super vor- und zubereitet haben und für uns wirklich nur noch das Feiern blieb.

dn



Impressum:

Herausgeber: Jürgen W. Heike
Arnoldplatz 9
96465 Neustadt

Redaktion: Dr. Gerhard Beyer
Ulrich Bieberbach
Gerlinde Deutsch
Matthias Dietz
Harald Hofmann
Heinz Kiesewetter
Rainer Knauer
Gerhard Korn
Jürgen Petrautzki
Elke Protzmann
Walter Thamm

Layout: www.geko-design.de
Druck: Druckerei Nötzold